



- Kein Gedenktag für Opfer der Vertreibung.....2
- Adrian Sobek neuer Kulturleiter in Lubowitz.....3
- Neuer Vorstand im DFK-Bezirksverband Kattowitz.....3
- Haus Schlesien feiert Jubiläum.....5
- Ostrau ringt um die Zukunft.....7
- 700 Jahre Piekar.....9

## Sand Im Getriebe

### Anhaltende Turbulenzen In den deutsch-polnischen Beziehungen

Die Diskussion um das Zentrum gegen Vertreibungen hat in den deutsch-polnischen Beziehungen ein politisches Erdbeben ausgelöst, das erheblichen Schaden anrichtete und noch lange nachwirken wird. Die Folgewirkungen sind um so größer, als es schon seit langem zwischen Berlin und Warschau kriselt. Eine ganze Reihe von Faktoren hat dazu geführt, daß die bilateralen Beziehungen beider Länder einem Tiefpunkt zustreben.

Seit seinem Amtsantritt ließ Bundeskanzler Gerhard Schröder erkennen, daß er den deutsch-polnischen Beziehungen nicht den gleichen hohen Stellenwert einräumt, wie sein Vorgänger. In Warschau spürte man bald, daß die rot-grüne Bundesregierung seit Ende der 90er Jahre weniger entschlossen für einen zügigen EU-Beitritt Polens eintrat als zuvor die Regierung Kohl.

Anders als die Schröder-Regierung, die eher einen baldigen EU-Beitritt der Türkei anstrebt, fordert Polen stärkere EU.-Hilfen für die Ukraine. In einer unabhängigen prosperierenden Ukraine sehen polnische Politiker ein Bollwerk gegen anhaltende imperialistische Bestrebungen des wieder erstarrenden Rußland und somit einen zentralen Baustein einer europäischen Friedensordnung. Eine stabile Ukraine bedeutet auch eine Entlastung für Polens Ostgrenze und einen wichtigen Wachstumsmarkt für die polnische Wirtschaft - Pluspunkte, die auch der gesamten EU zugute kämen. Von einer labilen Ukraine hingegen, die ähnlich wie Weißrußland wieder zunehmend unter russischen Einfluß gerät, geht eine destabilisierende Wirkung aus.

Anders als die Schröder-Regierung stand Warschau in der Frage des Irak-Konfliktes von Beginn an entschlossen an der Seite der USA, die heute neben den Briten in den Polen ihren verlässlichsten Bündnispartner in Europa sehen. Im Gegensatz dazu nahm Schröder - nicht wenige glauben aus rein wahltaktischen Gründen - eine extreme Gegenposition ein, die im Unterschied sogar zur französischen oder russischen Haltung eine deutsche Beteiligung an einem absehbaren Waffengang im Irak grundsätzlich ausschloß. Um so stärker entwickelte sich die „Männerfreundschaft“ zwischen Schröder und dem russischen Präsidenten Putin. Das zu Kohls Zeiten aus der Taufe gehobene „Weimarer Dreieck“ zwischen Paris, Berlin und Warschau ist auch angesichts der neuen europäischen Bündnisse anlässlich des Irak-Konfliktes längst von einer Achse Paris - Berlin - Moskau abgelöst worden. Dadurch wachsen in Polen Ängste, erneut Opfer einer deutsch-russischen Interessenpolitik zu werden, zumal man anders als die maßgeblichen deutschen Politiker keineswegs von dem unumkehrbar friedfertigen Charakter der russischen Politik überzeugt ist.

Anders als die Schröder-Regierung strebt man im Rahmen der EU-Integration keinen, die demokratischen Nationalstaaten ersetzenden, EU-Bundesstaat an, sondern setzt

eher auf einen Bund der Vaterländer. Nach dem Abschütteln des sowjetischen Jochs - wehrt man gegen eine diesmal freiwillige, erneute zu weitgehende Aufgabe nationaler Souveränität an die Brüsseler EU-Bürokratie. So weichen nicht nur in der Frage der Erwähnung Gottes in der Präambel der künftigen EU-Verfassung sondern auch in anderen Grundsatzfragen die deutschen und polnischen Standpunkte weit voneinander ab.

Erschwert wird die Situation durch die unregelmäßigen Vermögensfragen, die durch die unrechtmäßige Vertreibung der Deutschen aus den Oder-Neiße-Gebieten aufgeworfen werden. Der Versuch in der jüngsten Danziger Erklärung des deutschen Bundespräsidenten Johannes Rau und des polnischen Staatspräsidenten Kwasniewski hier einen politischen Schlussstrich zu ziehen, bleibt halbherzig und unglaubwürdig, solange entsprechenden privaten Klagen nicht durch klare bilaterale vertragliche Regelungen die Rechtsgrundlage entzogen ist. Die Bundesregierung nimmt hier eine Pilatus-Rolle ein, da sie auf der einen Seite der polnischen Regierung erklärt, dieses Thema nicht auf die Tagesordnung der deutsch-polnischen Beziehungen setzen zu wollen, auf der anderen Seite aber einräumt, daß die Eigentumsrechte der Vertriebenen durch das bisherige deutsch-polnische Vertragswerk nicht tangiert werden. Anstatt sich der offenkundigen politischen Gestaltungsaufgabe zu stellen, verlegt man die Entscheidung in die Hände der polnischen und gegebenenfalls europäischen Gerichtsbarkeit. Spätestens wenn der erste Präzedenzfall vor Gericht verhandelt wird, könnte es jedoch ein böses Erwachen geben. Solange kein entsprechendes Urteil gefällt oder keine entsprechende klare Staats- und völkerrechtlich verbindliche Regelung zwischen beiden Staaten getroffen wird, die z. B. auch Vergünstigungen für interessierte Investoren aus den Reihen der vertriebenen Ostdeutschen bieten könnte, existiert hier ein nicht zu unterschätzender Keim der Zwietracht fort, der einen lahmen Schatten auf die deutsch-polnischen Beziehungen wirft und durch schwelende Vermögensfragen das Aufbauwerk in der Heimat behindert.

Um so wichtiger sind die vielfältigen, wachsenden grenzübergreifenden Kontakte, die inzwischen durch kommunale Partnerschaften, kirchliche und kulturelle Initiativen, wirtschaftliche Kooperationen und auch die vielfältigen Aktivitäten der vertriebenen auf der einen und der daheimlebenden Deutschen auf der anderen Seite vorangebracht werden. Hier ist ein Netzwerk entstanden, das das eigentliche Fundament der deutsch-polnischen Beziehungen ausmacht und das es weiter zu stärken gilt, damit der Prozeß der deutsch-polnischen Annäherung im Geiste der schlesischen und europäischen Schutzpatronin St. Hedwig weiter zügig voranschreitet und nationalstalistisches Gegeneinander endgültig der Vergangenheit angehört.

WINFRIED GOTTSCHLICH



Dieses Foto des Opatow Palastes stammt aus einem neuen aufwendigen Bild- und Dokumentarband über die Stadt und die Woiwodschaft Opatow, der bei der Heimatzeitung „Unser Oberschlesien“ in St. Annaberg OS und in Görlitz erhältlich ist.

## Bisher größte Korruptionsaffäre in der polnischen Armee

### Schon 30 Verdächtige verhaftet

Die Zeitung "Zycie Warszawy" berichtet, dass bereits 30 Personen festgenommen wurden, denen vorgeworfen wird, in die größte Korruptionsaffäre bei der polnischen Armee verwickelt zu sein. Der Informant der Zeitung behauptet, dass sich unter den Festgenommenen auch Offiziere der polnischen Marine, Luftwaffe und der Luftabwehr befinden. Der Mechanismus dieser Affäre war ganz einfach und banal: Die Bedingungen für die Ausschreibungen der Armee waren so gestaltet, dass sie nur von einer einzigen Firma erfüllt werden konnten. Dazu reichte es aus, solche technischen Parameter für Baugeräte zu verlangen, die nur die eine Firma benutzte. Nachdem diese Bedingungen in den Ausschreibungsdokumenten festgeschrieben wurden, erfolgte die Zahlung der Schmiergelder. Dabei kann es sich um mehrere Millionen Zloty handeln, und ein Teil der Ausschreibungen bezieht sich laut Verteidigungsminister Jerzy Szmajdzinski auf Bestellungen für unsere Armee im Irak. Er wollte jedoch keine konkreten Zahlen in Bezug auf den Schaden nennen und sagte, dass die Militärstaatsanwaltschaft erst nach Abschluss der Ermittlungen konkrete Angaben machen wird. Dabei versicherte Szmaj-

dzinski jedoch, dass es sich nicht um Hunderte Millionen von Zloty handelt. Er betonte, dass diese Manipulationen bei den Ausschreibungen nicht dazu geführt hätten, dass für die Armee minderwertige Geräte und Ausrüstung gekauft wurde und dass sich dies auf die Sicherheit der Soldaten auf keinen Fall negativ auswirken würde. „Man kann jedoch nicht ausschließen, dass diese Affäre größere Kreise ziehen wird und aus diesem Grunde kann ich eventuelle weitere Verhaftungen sowohl von Militärangehörigen als auch von Zivilisten nicht ausschließen“ fügte Verteidigungsminister Szmajdzinski hinzu. (UO)

## Unser Oberschlesien

### Deutschland:

Brüderstraße 13, 02826 Görlitz  
Tel. (03581)41056, Fax 402231  
senfkorn@proximedia.de

### Oberschlesien:

ul. Klasztorna 4, 47-154 Gora Sw. Anny  
Tel. und Fax. (077)4615993  
www.oberschlesien.de